

Guido Becke | Peter Bleses (Hrsg.)

Interdependenzen von Arbeit und Nachhaltigkeit

BELTZ JUVENTA

Treiber oder Vetospieler?

Das Dilemma der Gewerkschaften in der sozial-ökologischen Transformation

Hans-Jürgen Urban

1. Einleitung

Für eine gewisse Zeit überlagerte die durch das SARS-CoV-2-Virus ausgelöste Pandemie die Probleme der Transformation des globalen Kapitalismus. Zu diesen gehören die Folgen der Digitalisierung ebenso wie die Risiken der regional sehr ungleichmäßig voranschreitenden Transnationalisierung von Arbeit, Wirtschaft und Kommunikation. Vor allem aber die drohende Klimakatastrophe blieb virulent.

Auch den Gewerkschaften als Interessenorganisationen der abhängigen Arbeit wurde und wird ein Beitrag dazu abgefordert, Produktion, Verteilung und Konsumption auf eine ökologisch nachhaltige Grundlage zu stellen. Doch dabei stehen sie vor einem Dilemma, Industriegewerkschaften wie die IG Metall allzumal: Einerseits sind sie mit Mitgliedschaft, Organisationsmacht und Identität vor allem in jenen Wirtschaftssektoren verankert, die im Rahmen der notwendigen Transformation vor besonderen Anforderungen stehen. Infolge sind vielfach Einkommen, Arbeitsplätze und Lebensstandards ihrer Mitglieder gefährdet. Die daraus resultierende Logik legt den Gewerkschaften ein Rollenverständnis nahe, das in Richtung eines interessenpolitischen Vetospielers gegen den Wandel weist. Folgen sie jedoch dieser Logik und setzen auf eine Politik der strukturkonservativen Verteidigungen existenter Strukturen, dürfte dies andererseits mit dem Ziel einer nachhaltigen Interessenvertretung ihrer Klientel kollidieren. Selbst wenn die Blockadekraft der Gewerkschaften ausreichen würde, den ökologischen Umbau zu verhindern oder zu verlangsamen, bestünde der zweifelhafte Erfolg in der Verschärfung der Klimakrise und der Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen insgesamt. Ein Ertrag, der kaum als nachhaltige Interessenpolitik gewertet werden könnte.

Gibt es für die Gewerkschaften Auswege aus diesem Dilemma? Der vorliegende Beitrag diskutiert diese Frage. Die Argumentation läuft auf folgende These hinaus: Wollen die Gewerkschaften die Interessen der abhängigen Arbeit in dieser Konstellation in einem umfassenden Sinne vertreten, müssen sie sich

als gesellschafts- und damit auch ökologipolitische Reformkraft definieren. Ein solches Rollenverständnis erfordert die Abwehr eines lobbypolitischen Strukturkonservatismus und eine offensive Einflussnahme auf die sozial-ökologische Transformation. Orientierungsfunktion könnte das Strategiekonzept einer „Ökologie der Arbeit“ bereitstellen, das gewerkschaftliche Politik als Beitrag zur Reproduktion von Arbeit, Gesellschaft und Natur gleichermaßen begreift. Ins strategische Zentrum rückt dadurch ein neues Entwicklungsmodell, das ökonomisches Wachstum nur dort fördert, wo es gesellschaftlichen Nutzen stiftet und dort unterbindet, wo es sozialen und ökologischen Nachhaltigkeitskriterien nicht genügt. Ein solches Modell, so eine zentrale These des Beitrags, setzt eine durchgreifende Demokratisierung der Wirtschaft voraus.

Die Argumentation gliedert sich wie folgt: Einer Skizze der sozial-ökologischen Krise des Gegenwartskapitalismus folgt die Diskussion einiger Determinanten einer problemadäquaten gewerkschaftlichen Strategiebildung, um anschließend das Konzept einer „Ökologie der Arbeit“ und einige Durchsetzungsbedingungen zu thematisieren. Ein kurzer Ausblick auf einen interessanten Forschungsansatz schließt den Beitrag ab.

2. Gewerkschaften in der (Zangen-)Krise des Gegenwartskapitalismus

2.1 Repulsives Wachstum und die Bedrohung von Arbeit und Natur

Es ist nicht zu tief in die Pathoskiste gegriffen, die erfolgreiche Bearbeitung des skizzierten Dilemmas als eine, vielleicht die wichtigste Aufgabe der Gewerkschaften im 21. Jahrhundert zu qualifizieren. Dabei stehen sie vor einer multidimensionalen Problemkonstellation. Eine wesentliche Problemdimension erwächst aus dem Funktionswandel des wirtschaftlichen Wachstums. Wachstum wird zunehmend repulsiv. Es mutiert im gegenwartskapitalistischen Entwicklungsmodell vom Problemlöser zum Problemtreiber. Der neue Kapitalismus ist nicht nur ungleicher und individualistischer als sein Vorgänger. Er hat sich auch in eine „ökonomisch-ökologische Zangenkrise“ hineinmanövriert (Dörre 2019, S. 20 ff.). Trug Wirtschaftswachstum traditionell zur Behebung konjunktureller Dellen und zur Entschärfung sozialer Verteilungskonflikte bei, so forciert es heute die Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen und den Raubbau an der Natur. Es befördert gesellschaftliche Spaltung, indem es die Vermögen der Reichen mehrt und zugleich immer mehr Menschen in prekäre Lebenslagen abdrängt. Und es nimmt die Natur in einem Maße in Anspruch, das ihre Regenerationsfähigkeit überfordert. Daher führen die traditionellen Strategien zur Ankurbelung des Wachstums nicht aus der Krise, sondern weiter hinein. Wird akzeptiert, dass das Wachstumsmodell des Gegen-

wartskapitalismus zunehmend repulsiv wird und keineswegs mehr Wohlstand für alle bedeutet, erfordert dies die Arbeit an einem neuen Wachstums- und Entwicklungsmodell. Ein neues Wachstumsmodell, das ökologisch nachhaltig bleiben will, muss dem Wachstumsdrang, der in der kapitalistischen Akkumulationsdynamik wurzelt, Grenzen setzen, unterhalb derer sich der radikale Strukturwandel einer sozial-ökologischen Transformation vollziehen kann (Urban 2019, S. 183 ff.). Grenzen, Spielräume und die Verteilung der Kosten des Wachstumsverzichts werden zweifelsohne Gegenstand hoch konfliktreicher Aushandlungsprozesse sein. Die Aufrechterhaltung der repulsiven Wachstumsdynamik wäre jedenfalls nur um den Preis der akuten Gefährdung von Gesellschaft und Natur zu haben.

Für eine gewerkschaftliche Interessenpolitik, die sich traditionell vor allem aus den Wertschöpfungszuwächsen einer wachsenden Ökonomie speist, bringt dies Probleme mit sich. Ein sozial und ökologisch nachhaltiges Wachstum würde zweifelsohne flacher ausfallen als in der Vergangenheit. Wenn die Verteilung aus Zuwächsen an Grenzen stößt, muss schneller in Besitzstände eingegriffen werden. Das verändert nicht nur die Verteilungsposition der beteiligten Akteure. Es erhöht auch die Konfliktintensität der Aushandlungsprozesse. Zugleich muss das Verhältnis von Klassen- und Ökologiefragen neu reflektiert werden. In kapitalistischen Verhältnissen ist es keineswegs trivial, Arbeit und Natur zugleich zu schützen. Beide sind „fiktive Waren“ im Sinne Karl Polanyis, und beide sind durch den Zugriff des kapitalistischen Verwertungsprozesses in ihrer Existenz bedroht (Polanyi 1944/1995). Die Arbeitskraft ist stets durch Überausbeutung und Arbeitsverdichtung im Arbeitsprozess und zugleich durch den Ausschluss aus diesem Prozess und die Entlassung in die Arbeitslosigkeit bedroht. Und die Ökosysteme der Natur sind im Rahmen des kapitalistischen Akkumulationszwangs systemisch durch Übernutzung von Ressourcen und Senken gefährdet. Das Problem einer gewerkschaftlichen Schutzpolitik liegt namentlich darin, dass die jeweiligen Maßnahmen einander widersprechen und sich wechselseitig blockieren, ja ausschließen können.

In Konstellationen dieser Art befinden sich die Gewerkschaften in einem Dilemma. Die Entwicklung einer Auswegstrategie kann kaum als geradliniger Fortschrittsprozess verlaufen. In ihm kommt eine widersprüchliche und durch unterschiedliche Zeitlogiken geprägte Interessenlage der abhängig Arbeitenden zum Ausdruck. Als Erdenbewohner*innen teilen Lohnabhängige ein generelles Überlebensinteresse an der Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlage des Globus. Doch als markt- oder noch mehr als krisenvermittelter Prozess kann die Beendigung der Inwertsetzung der Natur auch mit dem Ende der Verwertung der Arbeitskraft einhergehen. Und das hat unter kapitalistischen Verhältnissen den Verlust von Arbeitsplatz und Einkommen sowie die Abhängigkeit von staatlichen Lohnersatzleistungen zur Folge. In der kurzen Frist kann also das sozialpolitisch begründete Beschäftigungsinteresse mit dem mittel- und

langfristig ausgerichteten Überlebensinteresse der Gattung kollidieren. Im Zeitalter des »Kapitalozän« (Elmar Altvater), in dem die grenzenlose Kapitalakkumulation die Grenzen planetarischer Leistungsfähigkeit zu überschreiten droht, verbinden sich für die abhängig Arbeitenden die sozialen Risiken der Lohnarbeitsexistenz mit dem Risiko des Klimakollapses.

Hinzu kommt ein Problem, das in der Wohlfahrts- und Umweltökonomie als Rationalitäten-Falle diskutiert wird. Mit Blick auf die Natur ist mitunter von der »Tragik der Allmende« (»Tragedy of the Commons«; Hardin 1968) die Rede. Gemeint sind Konstellationen, in denen individuelle und kollektive Rationalitäten auseinanderfallen und „in which people following their own short-term interests produce outcomes that are not in anyone's long-term interest.“ (Olstrom et al. 1999, S. 279). Wenn die kostenfreie Nutzung eines Gemeinguts (etwa einer natürlichen Ressource) zu einem unkontrollierten Aneignungswettbewerb führt, kann der Verzicht des Einzelnen zu einem individuellen Nutzenverlust führen, ohne dass dies einen Beitrag zum Erhalt des Allgemeinguts leistet. Auf den hier diskutierten Kontext übertragen bedeutet dies: Die Inkaufnahme sozialer Nachteile wie Einkommenseinbußen bis hin zum Arbeitsplatzverlust durch einen Beschäftigten (etwa in der Automobil- oder Stahlindustrie) muss keineswegs zu einem besseren globalen Klimaschutz führen. Dies ist dann nicht der Fall, wenn die so freiwerdende Nachfrage von einem anderen Produzenten bedient wird (und anderen Lohnabhängigen Beschäftigung ermöglicht), der gegebenenfalls unter großzügigeren Umweltauflagen und mit geringerer Technikeffizienz die Produktionslücke mit einem größeren ökologischen Fußabdruck füllt.

Der Verweis auf diese Konstellation ist interessenpolitisch in unterschiedlicher Art und Weise anschlussfähig. Oberflächlich rezipiert taugt er zur Rechtfertigung von Unternehmensstrategien, die vorhandene Produktions- und Produktstrategien aus Profitgründen so lange wie möglich aufrechterhalten wollen. Und dies ohne jegliche Rücksichtnahme auf die ökologischen (und sozialen) Folgekosten, die zumeist externalisiert und anderen Weltregionen und den dort lebenden Menschen zugeschoben werden. Dennoch bleibt es zielführend, Zwänge dieser Art als systemische Restriktionen des globalen Kapitalismus anzuerkennen, um sie perspektivisch über transnationale Kooperationen, Verträge und institutionelle Arrangements überwinden zu können (Olstrom et al. 1999).

2.2 Kapitalistische Vermögensverhältnisse als Restriktion

Nicht minder komplex sind die Zusammenhänge zwischen Ökologie- und Verteilungsfragen. Hier treffen ökologienpolitische Maßnahmen auf kapitalistische Verteilungsverhältnisse, die extrem polarisiert ausfallen. Aktuelle Analysen für Deutschland zeigen, „dass die Konzentration der individuellen Nettover-

mögen in Deutschland höher ist als bislang ausgewiesen: Die oberen zehn Prozent besitzen demnach gut zwei Drittel des gesamten individuellen Nettovermögens, zuvor war man von knapp 59 Prozent ausgegangen. Das reichste Prozent der Bevölkerung vereint rund 35 (statt knapp 22 Prozent) des Vermögens auf sich. Etwa 1,5 Prozent der Erwachsenen besitzen ein individuelles Nettovermögen von mindestens einer Million Euro. Sie unterscheiden sich nicht nur in der Vermögenshöhe von der übrigen Bevölkerung: Es handelt sich häufiger um Männer, die älter, besser gebildet, selbständig und zufriedener mit ihrem Leben sind.“ (Schröder et al. 2020, S. 512). Diese Ungleichverteilung der Vermögen stellt einen Systemdefekt des privatkapitalistischen Entwicklungsmodells dar. Sie basiert auf seinen Eigentumsverhältnissen und auf Mechanismen, die den Besitz von Kapital (insbesondere von Finanzkapital) gegenüber der (vor allem abhängigen) Arbeit privilegieren und historisch stets von rechtfertigenden Narrativen begleitet wurden, die die Verteilungsordnung stabilisierten (Piketty 2014; Piketty 2020).

Die nur kursorisch skizzierten Verteilungsverhältnisse wirken als Restriktion einer sozial-ökologischen Transformation. Je ungleicher die Verteilung, desto höher die soziale Verwundbarkeit der Verlierergruppen. Mit der Verfügung über materielle Ressourcen (Einkommen und Vermögen, aber auch sozialversicherungsrechtliche Anwartschaften etwa in der Arbeitslosen- oder Rentenversicherung) stehen und fallen für die abhängig Arbeitenden soziale Existenz- und Statusrisiken. Diese Ressourcenausstattung prägt zugleich die objektive Fähigkeit und die subjektive Bereitschaft, sich den Unwägbarkeiten eines durchgreifenden Strukturwandels zu öffnen. Ein Mindestmaß sozialer Risikoversicherung in Form individueller Selbsthilfe-Ressourcen oder sozialstaatlicher Zusagen gibt sich somit als ein wesentliches Element einer gelingenden Transformationsstrategie zu erkennen. Zu starke Verteilungsdisparitäten wirken kontraproduktiv.

3. Determinanten einer Neudefinition gewerkschaftlicher Interessenpolitik

3.1 Erosion gewerkschaftlicher Macht und planetarische Grenzen

Beschäftigungs-, Verteilungs- und Ökologiekonflikte verknüpfen sich zu einem historisch außergewöhnlichen Problembündel. Gleichzeitig erodieren jedoch die gewerkschaftlichen Machtressourcen. Diese Erosion vollzieht sich im Übergang vom nationalen Wohlfahrtsstaatskapitalismus zum transnationalen Finanzmarktkapitalismus. Macht kann als Kapazität von Individuen und Organisationen verstanden werden, eigene Klasseninteressen realisieren und denen anderer Klassen entgegentreten zu können. Zu unterscheiden ist zwischen

struktureller („structural power“) und Organisationsmacht („associational power“) der organisierten Arbeit (Schmalz/Dörre 2014). Erstere entsteht aus der Stellung der Lohnabhängigen auf dem Arbeitsmarkt und im Produktionsprozess; es handelt sich also um Arbeitsmarkt- und Produktionsmacht. Organisationsmacht hingegen entsteht aus der Formierung der Lohnabhängigen zu kollektiven Organisationen. Mit Blick auf die Gewerkschaften sind dabei Organisationsgrade und die Verfügung über finanzielle Ressourcen von Bedeutung. Hinzu kommen Formen institutioneller Macht, die – etwa in Form umfassend gültiger Tarifverträge – aus institutionellen Arrangements des Wohlfahrtsstaates hervorgegangen sind. Schließlich verfügen die Gewerkschaften über kommunikative Macht, wenn sie in der Lage sind, erfolgreich in öffentliche Debatten bzw. hegemonial vorstrukturierte Öffentlichkeiten zu intervenieren (Urban 2010, S. 444).

Die Machtpositionen, die die Gewerkschaften im Wohlfahrtsstaat über Mitgliederzuwächse, betriebliche Mitbestimmung und branchenweite Tarifverträge erringen konnten, erodierten im Übergang zum Finanzmarktkapitalismus. Die Adaption von Shareholder-Value-Konzepten in den Unternehmen erhöhte den Druck auf Arbeitsplätze, Mitbestimmungsrechte und gewerkschaftliche Organisationsgrade (Peters 2011). Hinzu kam der sozioökonomische Strukturwandel. Traditionell gut organisierte Industriebranchen verloren an Bedeutung, und die dort ansässigen Gewerkschaften an Mitgliedern. Zugleich konnten die aufsteigenden Sektoren der Hightech-, Dienstleistungs- oder Sorgearbeit gewerkschaftspolitisch nur schwer erschlossen werden. Infolge sinken gewerkschaftliche Organisationsgrade und erodieren gewerkschaftliche Produktions-, Arbeitsmarkt- und Organisationsmacht. Ähnliche Tendenzen lassen sich im Feld institutioneller Gewerkschaftsmacht beobachten. Seit geraumer Zeit ist im deutschen Kapitalismus eine „Verwilderung“ von Arbeitsbeziehungen und -konflikten zu beobachten (Urban 2019b). Vor allem der Flächentarifvertrag und die betriebliche Interessenvertretung als Kernelemente institutioneller Gewerkschaftsmacht verlieren an Geltung. In 2019 waren lediglich noch 46 % der Beschäftigten in Westdeutschland und 34 % in Ostdeutschland tarifgebunden. 1996 waren es noch 70 % bzw. 56 % (Ellguth/Kohaut 2020, S. 279, Abb. 1). Gegenwärtig (2019) gilt nur noch in 27 % der westdeutschen und in 17 % der ostdeutschen Betriebe ein Branchentarifvertrag. Gut 71 % (West) bzw. 80 % (Ost) der Betriebe sind nicht tarifgebunden (ebd., Tab. 1). Zugleich nahm die Anzahl der Betriebe und der Beschäftigten ab, die über einen Betriebsrat verfügen. So fiel der Anteil der Beschäftigten in Betrieben mit Betriebsrat zwischen 1996 und 2019 in Westdeutschland von 51 % auf 41 % und in Ostdeutschland von 43 % auf 36 % (ebd., S. 282, Tab. 5). Während in Betrieben mit mehr als 500 Beschäftigten noch Anteilswerte von um die 89 % (West) bzw. 90 % (Ost) zu verzeichnen sind, liegen sie bei Betrieben mit bis zu 50 Beschäftigten um die 9 % (West) bzw. 10 % (Ost) (ebd., S. 283, Tab. 6).

In der Phase des Wohlfahrtsstaatskapitalismus hatten zugleich die sozialen Sicherungssysteme Marktabhängigkeit und soziale Existenzrisiken der abhängig Arbeitenden reduziert. Ihr Um- und Abbau setzte eine Re-Kommodifizierung der Arbeitskraft in Gang und schwächte die Institutionen der Arbeitsbeziehungen. Zugleich verloren die geschwächten Gewerkschaften als Faktor gesellschaftlicher Regulierung an Gewicht. Die im europäischen Sozialmodell verankerte Kooperation zwischen sozialstaatlich orientierten Parteien und Gewerkschaften („union-party nexus“; Upchurch/Taylor/Mathers 2009, S. 520) brachte den Parteien Unterstützung bei Wahlen und Regierungspraxis und den Gewerkschaften Hilfe bei der Stabilisierung der Arbeitsbeziehungen ein. Doch auch sie fiel dem Übergang vom Wohlfahrts- zum neoliberalen Konsolidierungsstaat zum Opfer (Streeck 2012, S. 183 ff.). Mit ihrem Funktionsverlust sank auch das öffentliche Ansehen der Gewerkschaften. Damit geriet auch ihre kommunikative Macht unter Druck. Dafür sorgte zunächst ein aggressiver Neoliberalismus. Dieser begleitete die globalisierungskompatible Restrukturierung des Wohlfahrtsstaates. Auch in den Narrativen der neuen Sozialdemokratie oder des Wirtschaftsliberalismus wurden die Gewerkschaften mitunter als Relikte des im Niedergang befindlichen Industriekapitalismus und als Störfaktoren der wirtschaftlichen Modernisierung abgewertet. In den Diskursen der Europäischen Union spielen gewerkschaftliche Akteure und Konzepte bis heute eine marginale bis keine Rolle.

Doch die Stellung der Gewerkschaften wird nicht nur durch den eigenen Machtverlust und den Neoliberalismus bedroht. Die Allgegenwärtigkeit der Klimakrise und die Erfolge einer neuen globalen Jugendbewegung („Fridays for Future“; dazu Haunss/Sommer 2020) haben eine sukzessive Diskursverschiebung bewirkt. Arbeit, Beschäftigung und wirtschaftliche Entwicklung bleiben als Themen unterbelichtet. Oder in ihnen werden die Hauptwiderstände gegen eine Ökologisierung der Produktions- und Lebensweise geortet. Die Gewerkschaften werden nicht selten als Teil des Problems wahrgenommen. Mit der gesellschaftlichen Anerkennung schwinden auch die Fähigkeiten der Gewerkschaften, die Interessen der abhängigen Arbeit in der Transformation zu repräsentieren.

Ob es den Gewerkschaften gelingt, sich aus dieser Zuschreibungsklemme zu befreien und damit an kommunikativer Macht zuzulegen, wird auch von einer glaubwürdigen Positionierung im Transformationsprozess abhängen. Dafür gibt es Gründe genug. Vor allem für eine Gewerkschaft wie die IG Metall, die ihre Organisationsmacht aus dem Kernbereich des deutschen Wertschöpfungsmodells, der Automobil- und Zuliefererindustrie, bezieht. Der Industriesektor, der gut 23 % zum Gesamtausstoß von Treibhausgasen (CO₂-Äquivalente) beiträgt, verzeichnete zwischen 1990 und 2019 einen Rückgang des CO₂-Ausstoßes von 284 Mio. Tonnen auf 188 Mio. Tonnen. Der Verkehrssektor, auf den etwa 20 % der deutschen Gesamtemissionen entfallen, weist im gleichen

Zeitraum mit etwa 164 Mio. Tonnen als einziger Wirtschaftssektor ein konstantes Ausstoßvolumen aus (BMU 2020, S. 26): „Die Hauptgründe für den anhaltend hohen CO₂-Ausstoß im Verkehrssektor sind die Dominanz fossiler Kraftstoffe, die Zunahme der Fahrleistung, schwerere Fahrzeugmodelle im Personenverkehr sowie die steigende Zahl von Autos und Flügen im Personen- und Güterverkehr.“ (ebd., S. 36). Bis zum Ziel der CO₂-Neutralität im Jahr 2050, wie es im „Pariser Klima-Abkommen“ vereinbart wurde, ist es für beide Sektoren ein weiter Weg.

3.2 Gewerkschaften als konstruktiver Vetospieler

Eine Gewerkschaftspolitik, die zugleich die Nachhaltigkeitsinteressen der Natur und die sozialen Reproduktionsinteressen der Arbeit im Auge behält, stellt hohe Anforderungen an Organisationslernen und Strategiebildung (Urban 2005; Hyman 2007). Eine gestaltungsarme Begleitung einer marktvermittelten Transformation kann für die Gewerkschaften keine anzustrebende Perspektive sein. Zu hoch wären die absehbaren Kosten, die in Form von Arbeitsplatz- und Mitgliederverlusten anfielen und zwangsläufig von einer beschleunigten Erosion gewerkschaftlicher Organisationsmacht begleitet würden. Auch eine strukturkonservative Blockadehaltung wäre wohl kaum von Erfolg gekrönt. Sie würde die Gewerkschaften im politischen Prozess und öffentlichen Debatten isolieren. Der Druck gesellschaftlicher Bewegungen, die Konsequenzen aus dem Klimawandel einfordern, wächst. Auch die politischen Eliten in Parteien und Staatsbürokratien, die auf gesellschaftliche Zustimmung und Wählerstimmen angewiesen sind, werden ihn auf Dauer nicht ignorieren können.

Perspektivreicher scheint ein gewerkschaftspolitisches Rollenverständnis als konstruktiver Vetospieler (Urban 2005).¹ Dieses geht davon aus, dass sich der Übergang zu einem sozial-ökologischen Entwicklungsmodell über macht-basierte Verteilungs- und Aushandlungskonflikte vollzieht und die Fähigkeit einer hinreichenden Mobilisierung von Macht die Voraussetzung darstellt, sich als Mitspieler in den entsprechenden Konfliktarenen behaupten zu können. Insofern kommt dem Erhalt bzw. der Erhöhung von Machtressourcen eine strategische Schlüsselrolle zu. Das gilt zum einen für Abwehrkonflikte gegen markt-dominierte Transformationsstrategien, die auf eine Verletzung der sozialen Interessen der Beschäftigten hinauslaufen würden. Gleichwohl wird die zu mobilisierende Vetomacht ‚konstruktiv‘ in dem Sinne eingesetzt, als sie nicht auf die Konservierung der Status-Quo-Strukturen, sondern auf die Durchsetzung eigener Beiträge zur Neukonstruktion des Entwicklungsmodells setzt. Der Vetomacht zur Verhinderung problemverschärfender Strategien wird Verän-

1 Der Begriff des „konstruktiven Vetospielers“ stammt bekanntlich von Arthur Benz (2003).

derungsmacht zur Durchsetzung problemlösender Politikkonzepte zur Seite gestellt.

Ein solches, machtbasierendes konstruktives Selbstverständnis könnte sich auf ein holistisches Denken besinnen, das den historischen Vorläufer*innen der heutigen Gewerkschaftsbewegung nicht fremd war. Bereits Karl Marx analysierte bekanntlich den kapitalistischen Akkumulationsprozess als eine Dynamik, die Arbeitskraft und Natur gleichermaßen bedroht: „Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter“ (Marx 1972, S. 529 f.). Auch Friedrich Engels widmete sich in verschiedenen Schriften der dialektischen Beziehung zwischen Gesellschaft und Natur. Dabei fasste er Dialektik als Wissenschaft des sozial-ökologischen Gesamtzusammenhanges, als „die Wissenschaft von den allgemeinen Bewegungs- und Entwicklungsgesetzen der Natur, der Menschengesellschaft und des Denkens“ (Engels 1962, S. 132). Bei aller Bewunderung für die kapitalistische Produktivkraftdynamik, die er mit Marx teilte, warnte Engels insbesondere vor jenen Interventionen in die Natur, die im Zeitalter der kapitalistisch-industriellen Moderne der partiellen Logik kurzfristiger Profitorientierung folgen und die längerfristigen Folgen in der Natur vernachlässigen (Altvater et al. 2020).

4. Sozial-ökologische Transformation und Demokratisierung der Wirtschaft

4.1 „Ökologie der Arbeit“ als Strategieentwurf

Gewerkschaftliche Strategiebildung in diesem Kontext hat davon auszugehen, dass die Gewerkschaften im Ökologiefeld nur ein Spieler unter vielen sind. So umfassend die Wirkungsdimensionen der Umweltzerstörung, so heterogen die betroffene Akteurslandschaft. Doch wo sich Umwelt- und Klassenfragen überlappen, befindet sich ein Terrain, das die Gewerkschaften neu zu entdecken und strategisch zu bearbeiten haben. Sie stehen vor der Aufgabe, in die Ökologiedebatten die sozialen und gesellschaftlichen Implikationen spezifischer Politiken einzubringen; und zugleich die Diskussion sozialer und gesellschaftlicher Fragen nicht ohne die ökologischen Implikationen zu konzipieren (Urban 2019b, S. 183 ff.).

Aus der Perspektive einer solchen Sozialökologie sind die Gewerkschaften mit drei Reproduktionskreisläufen konfrontiert, die als Nachhaltigkeitskreisläufe verstanden werden müssen: die Reproduktion der Arbeitskraft, die Reproduktion der Gesellschaft und die Reproduktion der Natur. Alle drei Kreisläufe sind höchst essentiell: für ein ökonomisches Entwicklungsmodell, das sich

nicht von jeglichem Wachstum, wohl aber von einem Wachstumszwang befreit, das der Gesellschaft durch die Zwänge der privaten Profitproduktion mit ihren Folgeschäden für Arbeit und Natur aufgeherrscht wird. Sie sind auch unverzichtbar für eine arbeitskraftzentrierte Arbeitspolitik, die sich nicht auf Handlungsspielräume zurückzieht, die ihr durch betriebliche Wettbewerbs- und überbetriebliche Politikzwänge vorgegeben werden, sondern die sich um die Arbeits- und Lebensbedingungen derjenigen Bevölkerungsgruppen bemüht, deren Lebensweise durch abhängige Arbeit geprägt ist. Dabei markiert das Schnittstellenfeld der drei Reproduktionskreisläufe das Kernterrain gewerkschaftlicher Arbeitsökologiepolitik (dazu auch Schröder/Urban 2018).

4.2 Wirtschaftsdemokratie als Transformationshebel

Insgesamt unterscheidet sich ein gesellschafts- und naturverträgliches Wachstum grundlegend vom bisherigen. Es fliehe flacher aus, da Wachstum nur dort gefördert würde, wo gesellschaftlicher Nutzen zu erwarten ist; es wäre nachhaltiger, da es die Grenzen der Natur als Grenzen des Wachstums akzeptierte; und es müsste sich gerechter vollziehen, indem es die Verliererinnen und Verlierer des Strukturwandels nicht in Arbeitslosigkeit oder Armut abdrängte, sondern ihnen mit gesellschaftlichen Ressourcen neue Perspektiven eröffnete. Doch solche Ansprüche überfordern den Markt. Er stellt eine Spielanordnung dar, in der private Akteure nach maximalem Profit oder Nutzen streben und anfallende Kosten auf die Gesellschaft oder die Natur abgewälzt werden können. Sollen gesellschaftliche Gebrauchswerte, ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit zu Zielmarken werden, sind andere Spielregeln unverzichtbar. Das erfordert politische Eingriffe in die Märkte, bis in die Unternehmensentscheidungen hinein.

In einem solchen Modell des selektiven Wachstums muss der Wachstumsdynamik Grenzen gesetzt werden, unterhalb derer sich der radikale Strukturwandel der Transformation vollziehen kann und muss. Wo diese Grenzen liegen und welcher Spielraum der Wachstumsdynamik verbleibt, muss unter Einbeziehung ökonomischer, sozialer und vor allem ökologischer Expertisen gesellschaftlich diskutiert und politisch entschieden werden. Die zu definierten Grenzwerte müssen ein Maß an Naturge- und -verbrauch markieren, das die Regeneration der Ökosysteme sichert. Es geht um eine Methode, die auch den „Pariser Grenzwerten“ zum CO₂-Ausstoß zugrunde gelegt wurde. Dieser Prozess der Formulierung global geltender Öko-Standards, aus denen verbindliche globale Ziel- und Grenzwerte abgeleitet werden, deren Einhaltung überwacht werden, kann als wegweisend gelten. Grenzwerte dieser Art sind mit Blick auf alle ökologisch relevanten Faktoren denkbar: für Emissionen, für die Belastung der natürlichen Senken und für die Entnahme von Rohstoffen oder seltenen Erden.

Dabei ginge es nicht um Detailvorgaben für Materialien, Produktionsverfahren und Produkte. Doch eine Politik der ökologischen Grenzwerte und sanktionierenden Interventionen würde die Entscheidungen aller Akteure, letztlich auch der Unternehmen, strukturieren. Sie läge nahe bei dem, was in der Debatte der 1970er und 1980er Jahre als „indikative Investitionslenkung“ gefasst wurde (Meißner 1974). Heute müsste sie in eine staatliche Rahmenplanung integriert werden, um durch eine entsprechende Industrie-, Innovations- und Fiskalpolitik den sozialökonomischen Strukturwandel zu forcieren und zu regulieren (vgl. Kattel et al. 2020). Dabei bleiben weitere Eingriffe in die Eigentums- und Verfügungsrechte der Marktökonomie notwendig. Wenn infolge der Coronapandemie oder aus Gründen der Transformation erhebliche Steuermittel zur Rettung der Unternehmen zum Einsatz kommen, sollte aus öffentlichem Geld öffentliches Eigentum entstehen und öffentliche Einflussnahme folgen. Die Miteigentümerschaft der öffentlichen Hand ermöglicht Einflussnahme auf die Unternehmenspolitiken. Auch diese Möglichkeiten könnten im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation genutzt werden.

5. Fazit und Ausblick

Das Plädoyer für ein Entwicklungsmodell, das sich vom kapitalistischen Akkumulationsimperativ befreit, über Wachstums- und Rückbaufelder mittels wirtschaftsdemokratischer Interventionen entscheidet und zugleich die potenziellen Verlierer*innen des Strukturwandels schützt, mündet in Schlussfolgerungen, die leichter zu formulieren als zu realisieren sind. Als strukturkonservative Blockademacht liefen die Gewerkschaften demnach Gefahr, die Defensivsituation zu verfestigen, in die sie im globalen Finanzmarktkapitalismus geraten sind. Sie wären auch kaum in der Lage, Sozial- und Ökologieinteressen der abhängigen Arbeit zu schützen. Eine positive Perspektive bietet ein Rollenverständnis als konstruktiver Vetospieler. Dieses verbindet Gegenmachtambitionen gegenüber einem marktgetriebenen Wandel zulasten der abhängigen Arbeit mit Transformationsambitionen in Richtung eines sozial-ökologischen Pfadwechsels.

Eine solche Positionierung ist für die Gewerkschaften mit vielen Problemen verbunden. Sie könnte aber auch zur Revitalisierung gewerkschaftlicher Macht beitragen. Dies ist jedenfalls die Perspektive eines Forschungsansatzes, der international unter den Dikta „environmental labour studies“ oder „working-class ecology“ diskutiert wird (Barca/Leonardi 2018, Hampton 2018, Stevis/Uzzell/Räthzel 2018). In der deutschen Debatte hat er bisher wenig Widerhall gefunden (als Ausnahme: Wissen/Brand 2019). Da Arbeit im Kern als ein Prozess der Aneignung und Umwandlung von Natur begriffen werden muss, so eine Basisprämisse des Ansatzes, agieren Gewerkschaften zwangsläufig an der

Schnittstelle von Ökonomie und Ökologie. Diese Stellung ist mit spezifischen Zwängen, aber auch mit besonderen Handlungsoptionen verbunden. Aus einer solchen, dezidierten Arbeitskraftperspektive werden unterschiedliche Theorie- und Strategie-Ansätze innerhalb wie außerhalb gewerkschaftlicher Praxen son- diert (vgl. Bottazzi 2019). Zugleich werden mögliche Beiträge der Arbeitspolitik zu einer naturverträglichen Produktion, aber auch Chancen auf eine nachhal- tigkeitspolitische Kooperation von Gewerkschaften und Umweltbewegung ausgeleuchtet.

Gewerkschaftsforschung und gewerkschaftliche Strategiedebatten hierzu- lande könnten aus einer systematischen Rezeption dieser Diskussionsstände neue Impulse erhalten. Wenn Arbeit und Gewerkschaften aufgrund ihrer Stel- lung im kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsprozess die skizzierte Schlüsselrolle in der sozial-ökologischen Transformation zukommt, agieren sie zugleich an dem Ort, an dem die Entscheidungen über die Zukunft des Akku- mulationsmodells fallen. Damit besitzen sie eine besondere Verantwortung, aber auch besondere Interventionsmöglichkeiten. Diese Möglichkeiten nicht als „prisoners of neoliberalism“, sondern „as drivers in workplaces and communi- ties to tackle climate change“ (Hampton 2018, S. 482 f.) anzugehen, könnte darauf hinauslaufen, im Kampf um einen sozial und ökologisch nachhaltigen Entwicklungspfad neue Kraftquellen zu erschließen. Eine optimistische Per- spektive, zweifelsohne. Aber ein Schuss Optimismus könnte den Gewerkschaf- ten in der Transformation guttun.

Literatur

- Altwater, Elmar/Bischoff, Joachim/Brie, Michael/Fülberth, Georg/Kopf, Eike/Kuczynski, Thomas/van der Linden, Marcel (2020): „Die Natur ist die Probe auf die Dialektik“. Friedrich Engels kennenlernen. Hamburg: VSA.
- Barca, Stefania/Leonardi, Emmanuele (2018): Working-class ecology and union politics: a conceptual topology. In: *Globalizations* 15, H. 4, S. 487–503.
- Benz, Arthur (2003): Konstruktive Vetospieler in Mehrebenensystemen. In: Manytz, Renate/ Streeck, Wolfgang (Hrsg.): Reformierbarkeit der Demokratie. Innovationen und Blocka- den. Frankfurt/Main: Campus. S. 205–236.
- Botazzi, Patrick (2019): Work and Social-Ecological Transitions: A Critical Review of Five Contrasting Approaches. In: *Sustainability* 14, H. 11, S. 3852. <https://doi.org/10.3390/su11143852>.
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (2020): Klimaschutz in Zahlen. www.bmu.de/publikation/klimaschutz-in-zahlen-2020/; Zugriff 15.10.2020.
- Dörre, Klaus (2019): Risiko Kapitalismus. Landnahme, Zangenkrise, Nachhaltigkeitsrevolu- tion. In: Dörre, Klaus/Rosa, Hartmut/Becker, Karina/Bose, Sophie/Seyd, Benjamin (Hrsg.): Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften. (Sonderband des Berliner Journals für Soziologie). Wiesbaden: Campus. S. 3–33.

- Ellguth, Peter/Kohaut, Susanne (2020): Tarifbindung und betriebliche Interessenvertretung: Aktuelle Ergebnisse aus dem IAB-Betriebspanel 2019. In: WSI Mitteilungen 73, H. 4, S. 278–285.
- Engels, Friedrich (1975): Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft. In: Marx-Engels-Werke, Bd. 20. Berlin: Dietz. S. 5–306.
- Hampton, Paul (2018): Trade Unions and climate politics: prisoners of neoliberalism or swords of climate justice? In: Globalizations 15, H. 4, S. 470–486.
- Hardin, Garrett (1968): The Tragedy of the Commons. In: Science 162, H. 13, S. 1243–1248.
- Haunss, Sebastian/Sommer, Moritz (Hrsg.) (2020): Fridays for Future. Die Jugend gegen den Klimawandel. Konturen der weltweiten Protestbewegung. Bielefeld: transcript.
- Hyman, Richard (2007): How can Unions act strategically? In: Transfer 13, H. 2, S. 193–210.
- Kattel, Rainer/Mazzucato, Mariana/Haverkamp, Keno/Ryan-Collins, Josh (2020): Industriestrategie der nächsten Generation für Deutschland. In: Wirtschaftsdienst 100, H. 10, S. 757–762.
- Marx, Karl (1972): Das Kapital. Kritik der Politischen Ökonomie. In: Marx-Engels-Werke 23. Berlin: Dietz.
- Meißner, Werner (1974): Investitionslenkung. Bodenheim: Athenaeum.
- Ostrom, Elinor/Burger, Joanna/Field, Christopher B./Norgaard, Richard B./Policansky, David (1999): Revisiting the Commons: Local Lessons, global Challenges. In: Science 284, H. 9, S. 278–282.
- Peters, John (2011): The rise of finance and the decline of organised labour in the advanced capitalist countries. In: New Political Economy 16, H. 1, 73–99.
- Piketty, Thomas (2014): Das Kapital im 21. Jahrhundert. München: Beck.
- Piketty, Thomas (2020): Kapital und Ideologie. München: Beck.
- Polanyi, Karl (1944/1995): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Schmalz, Stefan/Dörre, Klaus (2014): Der Machtressourcenansatz: Ein Instrument zur Analyse gewerkschaftlichen Handlungsvermögens. In: Industrielle Beziehungen 21, H. 3, S. 217–237.
- Schröder, Carsten/Bartels, Charlotte/Göbler, Konstantin/Grabka, Markus M./König, Johannes (2020): MillionärInnen unter dem Mikroskop: Datenlücke bei sehr hohen Vermögen geschlossen – Konzentration höher als bisher ausgewiesen. In: DIW Wochenbericht 87, H. 29, S. 512–521.
- Schröder, Lothar/Urban, Hans-Jürgen (Hrsg.) (2018): Ökologie der Arbeit. Impulse für einen nachhaltigen Umbau. Frankfurt a. M.: Bund.
- Stavis, Dimitris/Uzzell, David/Räthzel, Nora (2018): The labour-nature relationship: varieties of labour environmentalism. In: Globalizations 15, H. 4, S. 439–453.
- Streeck, Wolfgang (2012): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Frankfurter Adorno-Vorlesungen. Berlin: Suhrkamp.
- Upchurch, Martin/Taylor, Graham/Mathers, Andy (2009): The Crisis of „Social Democratic“ Unionism. The „Opening up“ of Civil Society and the Prospects for Union Renewal in the United Kingdom, France, and Germany. In: Labor Studies Journal 34, H. 4, S. 519–542.
- Urban, Hans-Jürgen (2005): Gewerkschaften als konstruktive Vetospieler. Kontexte und Probleme gewerkschaftlicher Strategiebildung. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 18, H. 2, S. 44–60.
- Urban, Hans-Jürgen (2010): Wohlfahrtsstaaten und Gewerkschaftsmacht im Finanzmarkt-Kapitalismus: Der deutsche Fall. In: WSI Mitteilungen 63, H. 9, S. 443–450.

- Urban, Hans-Jürgen (2019a): Gute Arbeit in der Transformation. Über eingreifende Politik im digitalisierten Kapitalismus. Hamburg: VSA.
- Urban, Hans-Jürgen (2019b): Zwischen Verwilderung und Neukonfiguration. Arbeitsbeziehungen in der Transformation. In: Dorre, Klaus/Rosa, Hartmut/Becker, Karina/Bose, Sophie/Seyd, Benjamin (Hrsg.): Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften. (Sonderband des Berliner Journals für Soziologie). Wiesbaden: Campus. S. 401-420.
- Wissen, Markus/Brand, Ulrich (2019): Working-class environmentalism und sozial-ökologische Transformation. In: WSI Mitteilungen 72, H. 1, S. 39-47.